



Presseschau vom 29.05.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/ nachts:

de.sputniknews.com: Stoltenberg gesteht ein: Nato uneins über Nord Stream 2

Es gibt inzwischen viele Meinungsverschiedenheiten in der Nato über den Bau der Ostseepipeline Nord Stream 2, wie der Generalsekretär der Allianz, Jens Stoltenberg, am Montag erklärte.

„Was Nord Stream 2 betrifft, haben die Nato-Mitglieder verschiedene Ansichten dazu. Einige sind dagegen, andere glauben aber, dass es sich um ein kommerzielles Projekt handelt“, sagte Stoltenberg nach der Sitzung der Parlamentarischen Versammlung der Nato in Warschau.

Wie er weiter betonte, basiert die Tätigkeit der Nato auf der Konsensbereitschaft. Laut Stoltenberg soll die Nato eine Position im Namen all ihrer Mitglieder vertreten, allerdings sei dies im Fall der Nord-Stream-2-Pipeline schwer zu erledigen, da ein Konsens derzeit nicht in Sicht sei. Die Nato-Staaten sollten dieses Problem nicht untereinander, sondern zusammen mit der EU besprechen, hieß es.

Stoltenberg ist aber nach eigenen Worten damit einverstanden, dass die Nato die Probleme der europäischen Energiesicherheit ansprechen müsse.

Das Projekt Nord Stream 2 sieht die Verlegung von zwei Strängen mit einer Jahresgesamtkapazität von 55 Milliarden Kubikmeter Gas vor. Die Stränge sollen parallel zur bereits bestehenden Pipeline Nord Stream von der russischen Ostseeküste bis nach Deutschland verlaufen. Die Pipeline soll im Jahr 2019 in Betrieb genommen werden.

Dan-news.info: „In Dokutschajewsk an der Abgrenzungslinie haben Mitarbeiter der Polizei einen betrunkenen Mann festgenommen. Wie festgestellt wurde, kam der Einwohner des Oblast Tschernigow, Wladimir Woskobochnik, der Dienst in der 30. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte leistet, zu den republikanischen Polizisten zu Besuch“, heißt es in einer Mitteilung des Innenministeriums der DVR.

Der Festgenommene hatte ein Maschinengewehr und ein Granate bei sich.

de.sputniknews.com: Neues Geld aus EU: Brüssel will eine Milliarde Euro an Ukraine in zwei Etappen zahlen

Die EU will eine weitere Finanzhilfe für die Ukraine in der Gesamthöhe von bis zu einer Milliarde Euro bereitstellen. Die Zahlung soll für einen Zeitraum von zweieinhalb Jahren gelten. Dies geht aus dem Entwurf des Hilfspakets hervor, der dem EU-Rat sowie dem EU-Parlament zur endgültigen Genehmigung vorliegt.

Die Ukraine soll laut den EU-Behörden die makrofinanzielle Unterstützung von der Europäischen Kommission in zwei Etappen erhalten. „Der Umfang jeder Tranche soll in einer Absichtserklärung festgelegt werden“, hieß es.

Der gesamte Betrag aus dem Unionsbudget soll demnach der Ukraine in Form von Krediten vergeben werden.

„Man muss die EU-Kommission beauftragen, im Namen der Union die erforderlichen Mittel auf den Kapitalmärkten oder bei Finanzinstituten zu leihen und der Ukraine bereitzustellen. Die Kredite sollen eine maximale Durchschnittslaufzeit von 15 Jahren haben“, so die offizielle Erklärung.

Auf der Plenartagung des EU-Parlaments Mitte Juni sollen die finanziellen Zuweisungen an die Ukraine endgültig genehmigt werden.

ukrinform.ua: Finanzhilfe: EU-Rat genehmigt eine Milliarde Euro für die Ukraine

Der Rat der Europäischen Union hat mit dem EU-Parlament Bedingungen für Makrofinanzhilfe in Höhe von einer Milliarde Euro vereinbart.

Diese Hilfe muss laut dem Rat die finanziellen Bedürfnisse der Ukraine für 2,5 Jahre decken, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform aus Brüssel. Die Gelder würden zur wirtschaftlichen Stabilisierung des Landes und zur Fortsetzung der Strukturreformen beitragen, zusätzlich zu den Krediten des IWF und anderer Geldgeber.

Die Finanzhilfe muss noch vom EU-Parlament gebilligt werden. Die Abstimmung wird im Juni erwartet.

de.sputniknews.com: Donald, das hier ist ein Spiegel! Russland führt Importzölle auf US-Waren ein

Ab Ende Juni werden alle Waren, die Russland aus den USA importiert, mit zusätzlichen Zöllen belegt, die „dem Schaden wegen der von den USA verhängten Beschränkungen für russische Stahl- und Aluminiumexporte entsprechen werden“. Mit anderen Worten: Diese Summe wird sich auf mehr als eine halbe Milliarde Dollar belaufen.

Nach Angaben des russischen Wirtschaftsministeriums übertrifft der Stahllexport aktuell 1,5 Milliarden Dollar pro Jahr, und der Export von Aluminium liegt bei mehr als 1,6 Milliarden Dollar. Wegen der von US-Präsident Donald Trump verhängten Importzölle von 25 Prozent verliert die russische Metallurgie-Industrie 378,1 Millionen Dollar. Die Zölle auf Aluminium betragen zehn Prozent, was die russischen Exporteure 159,5 Millionen Dollar kostet.

Insgesamt machen die Verluste also 537,6 Millionen Dollar jährlich aus. Denselben Preis werden aber auch die US-Unternehmen zahlen müssen, die ihre Produkte an Russland verkaufen. Über seine Gegenmaßnahmen hat Russland die Welthandelsorganisation (WTO)

bereits informiert.

Ohne Gespräche

Die Verfügung zur Erhöhung der Importzölle auf Stahl und Aluminium hatte Trump Anfang März unterzeichnet. Washington begründete diesen Schritt mit den Interessen der nationalen Sicherheit: Der Import des billigen Stahls und Aluminiums würde negative Folgen für die amerikanische Rüstungsindustrie haben. Die Importzölle wurden am 23. März verhängt. Mitte April beantragte Russland bei der WTO entsprechende Beratungen mit den USA. Solche Konsultationen sind laut den WTO-Regeln eine unentbehrliche Bedingungen für Gegenmaßnahmen. Ähnliche Forderungen äußerten auch Japan, Indien, die Türkei, China und die EU.

Aber außer China erhielten sie alle eine Absage. Der US-Vertreter in der WTO sagte: Da die Tarife aus Sicherheitsgründen verhängt worden seien, gebe es „keinen Grund für die WTO-Mitglieder, Beratungen mit den USA zu beantragen“. Konkret antworteten die Amerikaner Russland, die Beratung wären „grundlos, denn bei diesen Importzöllen geht es nicht um Schutzmaßnahmen“.

Allerdings sieht die WTO-Satzung ein solches Vorgehen nur „aus Gründen der nationalen Sicherheit“ und nur in Ausnahmefällen vor, beispielsweise wenn sich ein Land im Kriegszustand befindet. Da die USA offiziell keine Kriege führen, sind die Berufungen auf die Sicherheitsgründe inkorrekt, und die von ihren Sanktionen betroffenen Länder, insbesondere Russland, haben damit das Recht auf eine Antwort nach dem „Spiegelprinzip“. „Die Russische Föderation hält die von den USA verhängten Maßnahmen im Grunde für Schutzmaßnahmen“, hieß es in der Nachricht, die Moskau an die WTO schickte. Laut den WTO-Regeln können Gegenbeschränkungen innerhalb von 30 Tagen nach der Benachrichtigung verhängt werden. Gegebenenfalls also Ende Juni.

Die Ziele werden ausgewählt

Russland kauft in den USA Flugapparate, Fahrzeuge samt Zulieferteilen, Arzneimittel, medizinische Anlagen, Flugzeugmotoren und Gasturbinen, Tabak und Alkoholgetränke sowie Produkte der Agrarindustrie. Auf welche Produkte die Importzölle erhöht werden, hat die russische Regierung noch nicht beschlossen.

Experten vermuten, dass vor allem Produkte infrage kämen, die auch in Russland hergestellt werden (Autos, Agrarprodukte, Lebensmittel) oder die Moskau auch aus anderen Ländern importieren könnte (beispielsweise Airbus- statt Boeing-Flugzeuge).

Jedenfalls könnte Russland der US-Wirtschaft nur einen bedingten Schaden zufügen – einfach weil der Handelsumsatz zwischen beiden Ländern ziemlich gering ist.

Laut dem Wirtschaftsministerium liegt er aktuell bei 23,1 Milliarden Dollar. Auffallend ist, dass er im vorigen Jahr trotz der Sanktionen und der politischen Auseinandersetzungen um fast 16 Prozent gewachsen ist. Jegliche protektionistischen Maßnahmen schaden nur einzelnen Unternehmen, aber nicht der Wirtschaft des jeweiligen Landes im Allgemeinen. Die Amerikaner müssen sich auch auf Gegensanktionen anderer Länder gefasst machen. Die EU plant beispielsweise schon ab Juni Importzölle von 25 Prozent auf US-amerikanischen Carbon-Stahl. Und ab März 2012 könnten Importzölle von bis zu 50 Prozent auf Rohre und Erzeugnisse aus rostfreiem Stahl aus Amerika verhängt werden.

Indien hat seinerseits die WTO über die Erhöhung der Importzölle auf Soja und andere Landwirtschaftsprodukte aus den USA benachrichtigt – um insgesamt 165 Millionen Dollar. Und die Türkei warnte, sie würde die Zölle auf etwa 20 Warenkategorien – Nüsse, Reis, Tabak sowie Fahrzeuge und Produkte der Hüttenindustrie – um insgesamt 267 Millionen Dollar erhöhen. Auch Japan plant anti-amerikanische Gegensanktionen für 440 Millionen Dollar, hat aber noch nicht entschieden, gegen welche US-Erzeugnisse.

ukrinform.ua: [Trudeau: Kanada und Estland unterstützen Ukraine](#)

[Mit ihrem aktiven Präsenz in der Ukraine helfen Kanada und Estland, die Aggression](#)

Russlands aufzuhalten.

Dies erklärte der Premierminister Kanadas, Justin Trudeau, bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Regierungschef Estlands, Jüri Ratas, meldet ein Ukrinform-Korrespondent.

"Wir stehen Estland sehr nah hinsichtlich dessen Besorgnis gegenüber Russland. Wir unterstützen die Präsenz in der Ukraine, zusammen überzeugt, dass wir der Ukraine helfen, der gesetzwidrigen Invasion und der Besatzung der Krim sowie der Einmischung im Donbass entgegenzuwirken", sagte Trudeau.

Kanada stelle auch die Einheit der NATO bei "der russischen Frage" sicher, fügte der Premierminister hinzu.

Im Rahmen der Trainingsmission UNIFER bildet Kanada mehrere Jahre lang ukrainische Militärs aus.

de.sputniknews.com: Donbass: Kiew stationiert schwere Mehrfachraketenwerfer an Berührungslinie – Lugansk

Die ukrainische Armee hat Mehrfachraketenwerfersysteme vom Typ BM-21 „Grad“ im Raum der Siedlung Bolostennoje im Donbass stationiert und somit die Minsker Abkommen ein weiteres Mal verletzt. Dies teilte der Sprecher der Volkswehr der selbsterklärten Volksrepublik Lugansk Andrej Marotschko am Montag bei einem Briefing mit.

Wie die Aufklärung der Lugansker Volksmiliz feststelle, bringe die ukrainische Armee Personal sowie Waffen und Militärtechnik in Objekten der zivilen Infrastruktur sowie in Privathäusern unter, sagte Marotschko: „So wurden im Raum der Siedlung Bolostennoje auf dem Territorium eines privaten Hausgrundstücks drei Grad-Mehrfachraketenwerfersysteme entdeckt.“

Die Militärtechnik sei unter Schutzdecken versteckt worden, der Zugang der Ortsbewohner zu dem Gebiet sei blockiert, hieß es.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/30287/37/302873749.jpg>

de.sputniknews.com: So bewacht Russland Krim-Brücke: Grenzschutz zeigt neue Wachtschiffe

Zum 100. Jubiläum des russischen Grenzdienstes haben die Bewohner und Gäste der Krim am Montag Schiffe besichtigen können, die die Seegrenze der Schwarzmeer-Halbinsel sowie die Krim-Brücke schützen.

Das Video zeigt unter anderem auch das Wachschiff „Ametist“, ein Küstenschutzschiff der Rubin-Klasse (Projekt 22460), das auch im Einsatz ist und alle Versuche unterbinden soll, unentdeckt an die Brücke zu gelangen. „Auch ein Gummiboot kann sie (die Krim-Brücke) nicht unbemerkt erreichen“, sagte der Mitarbeiter des Grenzdienstes, Kapitän des zweiten Ranges (Fregattenkapitän) Alexander Glaskow.

Zu den Aufgaben des Wachschiffes gehört auch der Kampf gegen Terror und Piraterie.

<https://www.facebook.com/sputnik.deutschland/videos/2017336598277891/>

de.sputniknews.com: „Dilettantische Dummheit“: Moskau dementiert Abfangen israelischer F-16 durch Su-34

Das russische Verteidigungsministerium hat die Berichte israelischer Medien über das angebliche Abfangen von zwei israelischen Kampfflugzeugen F-16 durch Jagdbomber Su-34 im Himmel über dem Libanon dementiert.

„Die von einer israelischen Nachrichtenressource verbreitete Information, dass russische Su-34 angeblich zwei israelische F-16 im libanesischen Luftraum abgefangen hätten, ist eine dilettantische Dummheit“, heißt es in einer Erklärung des russischen Verteidigungsministeriums.

Die Behörde verwies darauf, dass die Su-34 bei Abfangmanövern von Luftzielen nicht eingesetzt würden. Diese Kampfjets würden außerdem im libanesischen Luftraum keine Aufgaben erfüllen.

Zuvor hatten mehrere Medien unter Berufung auf die israelische Zeitung „The Times of Israel“ berichtet, dass russische Jagdbomber Su-34 zwei F-16 der israelischen Luftwaffe im libanesischen Luftraum abgefangen haben sollen.

Es wurde behauptet, dass der Vorfall trotz der Tatsache stattgefunden habe, dass Russland und Israel regelmäßig Kontakte unterhalten würden, um Unfälle in der Luft zu verhindern. Nach den Informationen der Zeitung sollen russische Flugzeuge an Übungen über dem Mittelmeer teilgenommen und wegen Schlechtwetters den libanesischen Luftraum betreten haben.

Das israelische Verteidigungsministerium kommentierte die Medienberichte bisher nicht.

Wpered.su: In Makejewka wurde der 100. Jahrestag der Grenztruppen des KGB der UdSSR begangen

Am 28. Mai wurde in Makejewka der 100. Jahrestag der Grenztruppen des KGB der UdSSR begangen. Darüber berichtet ein Korrespondent von „Wperjod“.

Auf Vorschlag des Makejewker Stadtkomitees der Kommunistischen Partei der Donezker Volksrepublik wurden die Musiker und Solisten des Blasorchesters „Schachtjorskije Sori“ mit der Gedenkmedaille des ZK der KPRF „100 Jahre Rote Armee“ ausgezeichnet. Bei der Überreichung der Auszeichnungen merkte der erste Sekretär des Stadtkomitees der KP der DVR Sergej Jurtajew an, dass der große russische Heerführer Alexandr Suworow der Militärmusik und den Soldatenliedern große Bedeutung beimaß. In seiner Arbeit „Die Wissenschaft zu siegen“ schrieb er: „Musik verdoppelt, verdreifacht die Armee... Mit wehenden Fahnen und donnernder Musik nahm ich Ismail!“



http://wpered.su/wp-content/uploads/2018/05/FB_IMG_1527594670790.jpg

Vormittags:

rusvesna.su: Ukrainer geben die Hälfte ihres Gehalts für Lebensmittel aus
Die absolute Mehrheit der Ausgaben von Ukrainern (mehr als 70%) wird für Essen und kommunale Dienstleistungen benötigt. Das bedeutet, dass man sich in allem anderen sehr beschränken muss.

Nach Angaben des ukrainischen Staatlichen Statistikamtes für die ersten 9 Monate 2017 fielen 48,4% der Ausgaben der Ukrainer auf Lebensmittel und nichtalkoholische Getränke. Auf dem zweiten Platz kommen Ausgaben für Miete und kommunale Dienstleistungen – 16,7%. Auf Platz Drei verschiedene nicht-verbrauchende Ausgaben wie Unterstützung von Verwandten, Einlagen in Banken, Wohnungsreparatur und dergleichen – 7%. Und weitere 12% fielen auf den Kauf von Kleidung und Schuhen, Gesundheit und Verkehrsmittel. Dagegen machen solche Dinge wie Urlaub oder Bildung weniger als 2% der Ausgaben aus. Was die Lebensmittel betrifft, so geben die Ukrainer das meiste Geld für Milchprodukte, Eier, Gemüse und Brot aus.

Diese Zahlen sagen deutlich, dass den Ukrainern ihr Geld grob gesagt gerade mal zum Überleben reicht. Von solchen wichtigen Dingen wie jährlicher Urlaub, Selbstentwicklung oder der Kauf von wichtigen Alltagswaren kann die Mehrheit der Ukrainer nicht einmal mehr träumen....

Im Durchschnitt betragen die Gesamtausgaben im oben genannten Zeitraum pro Kopf 6903 Griwna. Das durchschnittliche Einkommen in diesem Zeitraum waren 6848 Griwna....



<http://rusvesn>

a.su/sites/default/files/skan_80.png

de.sputniknews.com: „Zwei Gashähne“: Kiew findet Weg zur Schadensminderung von Nord Stream 2

Nach der Inbetriebnahme der Gaspipeline Nord Stream 2 soll die Ukraine laut ihrem ständigen Vertreter im Europarat, Dmitri Kuleba, mit Russland einen Vertrag über den garantierten Gastransit über ukrainisches Staatsgebiet schließen.

„Sollte das Projekt zum Bau von Nord Stream 2 doch in die Tat umgesetzt werden, muss es juristische Garantien geben. Nicht so etwas wie das Budapester Memorandum, sondern konkrete zwischenstaatliche Abkommen. Und zwar nicht bilaterale, sondern trilaterale – zwischen Deutschland, der Ukraine und Russland“, sagte er gegenüber der Agentur „RBK Ukraina“.

Zum Beispiel sollten in den Dokumenten im Voraus vereinbarte konkrete Gasmengen definiert werden, die Russland unter allen Umständen über das ukrainische Gastransportsystem pumpen werde.

„Das heißt, dass es zwei Hähne geben wird – einen in Moskau und einen weiteren in Berlin. Das ist alles. Über die deutsche Wirtschaft, die an und für sich im Anstieg ist und Gas braucht, wird sie auch Osteuropa beeinflussen“, meinte Kuleba.

Dabei verwies Kuleba darauf, dass die ukrainische Seite durch die Lieferung von russischem Gas über Nord Stream 2 „kolossalen Schaden“ erleiden werde. Zudem werde Kiew seiner Ansicht nach politische Hebel verlieren.

Das Projekt Nord Stream 2 sieht die Verlegung von zwei Pipelinesträngen mit einer

Jahresgesamtkapazität von 55 Milliarden Kubikmetern vor. Die Stränge sollen parallel zur bereits bestehenden Gaspipeline Nord Stream von der russischen Ostseeküste bis nach Deutschland verlaufen.

Ende März wurde eine Baugenehmigung für Nord Stream 2 von Deutschland und im April von Finnland erteilt.

Gegen das Pipeline-Projekt machen mehrere Länder Front. Dazu gehören die Ukraine, die um ihre Einnahmen aus dem Transit des russischen Gases bangt, und die USA, die ambitionierte Pläne zum Export von Flüssiggas nach Europa hegen.

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **sechsmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Donezkij, Golobowskoje, Shelobok, Prischib und Losowoje.****

Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: Syrien erkennt Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens an
Syrien hat die Unabhängigkeit der ehemaligen georgischen autonomen Republiken Abchasiens und Südossetiens anerkannt.

Dies teilte das syrische Außenministerium am Dienstag in einer Stellungnahme mit.

Demnach erklärten Damaskus, Zchinwali und Sohumi, die Hauptstädte der umstrittenen und von einigen Staaten anerkannten Republiken Südossetien und Abchasien, die gegenseitige Anerkennung und den Beginn einer Kooperation sowie diplomatischer Beziehungen auf einer Botschafter-Ebene. Außerdem bestätigten sie das Bestreben, an den Grundprinzipien des Völkerrechts festzuhalten.

Alle drei Staaten beziehen sich in ihrer Erklärung auf das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen von 1961 sowie das Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen von 1963.

Die Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens wurde bisher von sechs Staaten — Russland, Nicaragua, Venezuela und die Inselstaaten im Pazifischen Ozean Nauru, Vanuatu und Tuvalu — anerkannt worden.

Im August 2008 schickte Georgien Truppen nach Südossetien, das von den meisten Staaten als Teil Georgiens angesehen wird, jedoch bereits seit Anfang der 90er nach dem Zerfall der Sowjetunion de facto unabhängig ist. Der Angriff, bei dem die südossetische Hauptstadt Zchinwal weitgehend zerstört und zahlreiche Zivilisten sowie russische Friedenssoldaten getötet wurden, konnte erst nach der Intervention russischer Truppen abgewehrt werden. Nach dem Fünf-Tage-Krieg erkannte Russland Südossetien sowie den anderen De-facto-Staat in Georgien, Abchasien, als unabhängig an und richtete dort Militärstützpunkte ein.

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum von 28. Mai 3:00 bis 29. Mai 3:00

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 4.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Werchnetorwzkoje, Spartak, Dokutschajewsk.**

Nach genaueren Informationen wurden in der Folge eines Beschlusses am 27. Mai 2018 von Seiten der ukrainischen Streitkräfte mit Mörsern des Kalibers 120mm vermutlich zwischen

23:00 und 23:30 zehn Mörsergeschosse abgeschossen und die Verglasung des Hauses Nr. 8 in der Sedow-Straße in Dokutschajews beschädigt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 210.

In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 236.

de.sputniknews.com: Britischer Arzt kann rasche Genesung der Skripals „nicht ganz erklären“
Der ehemalige GRU-Agent Sergej Skripal und seine Tochter Julia sind laut dem BBC dank dreier Faktoren vor dem sicheren Tod gerettet worden: durch die rechtzeitige Einlieferung ins Krankenhaus, die medikamentöse Betäubung und die Hilfe von Experten des Labors Porton Down. Dass Vater und Tochter überlebt haben, soll jedoch an Wunder grenzen.

Bei der Behandlung zogen die Ärzte demnach Experten des Labors Porton Down, des Zentrums der britischen Chemie- und Biowaffenforschung, zu Rate. Diese hätten Tests durchgeführt und anschließend die besten Behandlungsmethoden empfohlen.

Es seien komplett neue Mittel erprobt worden. Die rasche Genesung der Skripals bezeichnet Dr. Stephen Jukes, Facharzt auf der Intensivstation des Krankenhauses im englischen Salisbury, als „angenehme Überraschung“, die er nicht ganz erklären könne. Denn alle Anzeichen hätten darauf hingedeutet, dass Vater und Tochter nicht überleben würden. Als die Skripals ins Krankenhaus gebracht wurden, hatten die Ärzte laut BBC anfangs gedacht, es handle sich um eine Opiat-Überdosis. Später habe die Polizei jedoch die Identität der neuen Patienten offenbart und klargestellt, dass die Umstände ihrer plötzlichen Erkrankung „verdächtig“ seien. Bald habe das Krankenhaus-Personal begriffen, dass die Skripals Anzeichen der Vergiftung mit einer Nervensubstanz aufwiesen....

Dnr-online.ru: Die Arbeiten zur Reparatur sozialer Objekte in Alexandrowka und Luganskoje sollen bis zum Beginn der Heizperiode abgeschlossen sein. Dies teilte der Minister für Städtebau und Kommunalwirtschaft der DVR Sergej Naumez mit.

„In der Ambulanz der frontnahen Ortschaft Alexandrowka sind die Dacharbeiten zu zwei Drittel abgeschlossen. Im Juni ist geplant, die Reparatur des Daches fortzusetzen und mit der Reparatur des inneren Heizungssystems zu beginnen. Bei der kommunalen Kultur- und Bildungseinrichtung „Luganskojer dörfliches Kultur- und Sportzentrum“ im benachbarten Luganskoje ist auch geplant, die Reparatur des Daches fortzusetzen und mit der Verglasung zu beginnen“, sagte Sergej Naumez.

Wir der Pressedienst des Bauministeriums anmerkte, haben die Reparaturen in beiden Ortschaften im Rahmen der Arbeit des gesellschaftlichen Stabs für die frontnahen Gebiete bei der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ begonnen. Für die Dacharbeiten hat das Bauministerium der Stadtverwaltung von Donezk die nötigen Baumaterialien zugeteilt, die im Rahmen der humanitären Hilfe eingetroffen sind. Die Reparatur des Ambulatoriums in Alexandrowka erfolgte durch Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums, das Luganskojer dörfliche Kultur- und Sportzentrum wird von örtlichen gesellschaftlichen Aktivisten repariert.

de.sputniknews.com: **Kiew schickt Kampffjets in den Donbass**

Die ukrainischen Luftstreitkräfte haben unangekündigt eine Prüfung der Fliegerkräfte unternommen, die bei der Operation der Vereinten Kräfte (OOS) im Donbass eingesetzt sind. Dies teilte das OOS-Pressezentrum auf seinem Facebook-Account mit.

„Es wurde als Übungsziel festgesetzt, ein hohes Niveau des Zusammenwirkens bei der Unterstützung der Truppenverbände am Boden durch die Luftwaffe zu erreichen“, ließ das ukrainische Militär verlauten.

Wie die Militärs versicherten, habe die Luftwaffe während der einwöchigen Prüfung die ihr gestellten Aufgaben gut gemeistert.

Die bisherige „Anti-Terror-Operation“ (ATO) im Donbass, vom Sicherheitsdienst SBU geleitet worden war, war offiziell am 30. April 2018 beendet worden. Sie wurde von der „Operation der Vereinten Kräfte“ (OOS) abgelöst, die vom ukrainischen Militär geführt wird. <https://www.facebook.com/pressjfo.news/videos/377165309442758/>

ukrinform.ua: NATO plädiert für Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens

Die Ukraine und Georgien müssen die Hoffnung auf die Integration in die Nordatlantische Allianz erhalten.

Das geht aus der Abschlusserklärung der Parlamentarischen Versammlung der NATO hervor, die am 28. Mai in Warschau abgeschlossen wurde.

In der Allianz ist man der Meinung, es sei notwendig, der Politik Moskaus, die auf die Destabilisierung der Situation in den Partner- und Nachbarländern der NATO gerichtet ist, zu widerstehen und entgegenzuwirken.

Die Parlamentarier haben außerdem die Chefs der Allianz aufgerufen, "die Einigkeit" auf dem Gipfel in Juli an den Tag zu bringen und zu beweisen, dass die Organisation angesichts der Sicherheitsbedrohung zuverlässig bleibe.

Die Erklärung richtet auch einen Appell, Bosnien und Herzegowina einen Reformplan für die Vorbereitung auf die NATO-Mitgliedschaft zu gewähren.

de.sputniknews.com: Georgien bricht diplomatische Beziehungen zu Syrien ab

Nachdem Syrien die ehemaligen georgischen Provinzen Abchasien und Südossetien als souveräne Republiken anerkannt hat, will Georgien nun die diplomatischen Beziehungen zu Damaskus abbrechen. Tiflis hat bereits eine entsprechende Initiative in Gang gesetzt, wie das Außenministerium des Landes am Dienstag mitteilte.

Die Schuld an der Entscheidung Syriens schob Georgien dabei Russland zu und warf Moskau „Manipulationen“ vor, die Damaskus zur Anerkennung der Unabhängigkeit der zwei Kaukasus-Republiken verleitet haben sollen. „Damit hat Assads Regime Russlands Militär aggression gegen Georgien unterstützt“, hieß es in der Pressemitteilung des georgischen Außenministeriums.

Mit der Aggression meint Tiflis wohl den Fünf-Tage-Krieg im August 2008, als Georgien Truppen nach Südossetien schickte, um diese abtrünnige Region zurückzuerobern. Der Angriff, bei dem die südossetische Hauptstadt Zchinwal weitgehend zerstört wurde und zahlreiche Zivilisten starben, konnte erst nach der Intervention russischer Soldaten einen Tag nach Beginn des bewaffneten Konflikts abgewehrt werden. Auch Abchasien, das mit Südossetien vertraglich verbündet war, hatte in dem Krieg Freiwillige gegen Georgien entsandt....

ukrinform.ua: Poroschenko empfängt Steinmeier mit militärischen Ehren

Der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ist zu einem zweitägigen Besuch in der Ukraine eingetroffen. Der Präsident der Ukraine Petro Poroschenko hat ihn vor dem Marienpalast in Kiew mit militärischen Ehren empfangen.

Im Mittelpunkt der Gespräche zwischen Poroschenko und Steinmeier werden die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit und die Unterstützung der europäischen und euroatlantischen Integration der Ukraine durch Deutschland stehen. Auch die Lage in der Ostukraine und eine mögliche UN-Friedensmission im Donbass sind Schwerpunktthemen des Gesprächs.

ukrinform.ua: Poroschenko und Steinmeier sprechen über Lage in der Ostukraine

Die Intensität der feindlichen Angriffe ist in den letzten Wochen in der Ostukraine stark gestiegen. Die Terroristen versuchen, Offensivaktionen durchzuführen.

Das sagte der Präsident der Ukraine Petro Poroschenko vor der Presse nach einem Treffen mit dem deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier. Er nannte das „absolut inakzeptabel“. Poroschenko versicherte jedoch, dass die ukrainische Armee diese Angriffe „hoch effektiv“ abwehrt. Die Erfahrung, Qualifikation und Effektivität der Armee seien deutlich gestiegen.

Nach Worten von Poroschenko hält der Bundespräsident seine „Hand am Puls“ bezüglich der Situation in der Ostukraine. Er habe mit Steinmeier Details zur Umsetzung der Vereinbarungen von Minsk, darunter eine UN-Friedensmission im Donbass besprochen.

Nachmittags:

Dan-news.info: „Ab dem 1. Juni öffnen in der DVR die Schulsommerlager und Erholungsplätze. Nach vorläufigen Informationen werden von der Erholungskampagne auf der Basis von allgemeinbildenden Schulen verschiedener Art mehr als 37.200 Kinder erfasst“, teilte der Pressedienst des Bildungs- und Wissenschaftsministeriums der DVR mit.

Auf der Grundlage von allgemeinbildenden Schulen werden 431 Schullager in Tagesform und zweimaligen Mahlzeiten und 72 Erholungsplätze eröffnet. Bei den Internaten öffnen 25 Schullager, wo sich die Kinder rund um die Uhr aufhalten.

Für die Kinder sind sportliche, Bildungs- und Kulturveranstaltungen in Form von Exkursionen, Wettbewerben, Ausflügen vorgesehen. Die Kinder können sich mindestens 14 Tage in den Lagern aufhalten.

Im letzten Jahr wurden von 420 Lagern etwa 33.000 Kinder erfasst.

ukrinform.ua: Krimtataren erhoffen Unterstützung Deutschlands

Putin werde die Ukraine und die Krimtataren nicht veranlassen, auf die Krim und auf die Ukraine zu verzichten. Um eine Deokkupierung zu erzielen, sei aber die Unterstützung Deutschlands und des Westens insgesamt nötig.

Dies betonten der stellvertretende Leiter des Medschlis des Krimtatarischen Volkes, Achmet Tschijgos, der Direktor des Krim-Instituts für strategische Forschungen, Arsen Schumadilow, und der Programmdirektor des "Krimtatarisches Hauses", Alim Aliew, bei der Podiumsdiskussion in der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin.

"Wir hoffen, dass Deutschland eine entschlosseneren Haltung bezüglich der möglichst baldigen Deokkupierung und der Verhandlungsplattform einnimmt. Wir möchten, dass Sie unsere Probleme zu hören bekommen, uns helfen und unterstützen", sagte Achmet Tschijgos.

Alim Aliew seinerseits versicherte den deutschen Kollegen, dass der Widerstand des Krimtatarischen Volkes ausschließlich friedlich sei, ungeachtet dessen, dass Russland versuche, die Tataren zu provozieren, teilt der Ukrinform-Korrespondent in Deutschland mit

de.sputniknews.com: Krim-Streit: Kiew meldet nun auch Kontrollverlust über Grenzgebiete

Vier Jahre nach der Loslösung der Krim von der Ukraine entgleitet der Regierung in Kiew nach ihren eigenen Angaben nun auch die Kontrolle über Gebiete, die an die Schwarzmeeralbinsel grenzen. Kiew ist über angeblich zunehmende „anti-ukrainische“ Proteste besorgt, die die lokalen Behörden nicht in den Griff zu bekommen scheinen.

Im Bezirk Henitschesk und weiteren Bezirken gebe es „Anzeichen eines Entgleitens der staatlichen Kontrolle“, teilte Boris Babin, der Krim-Beauftragte des ukrainischen Präsidenten

Petro Poroschenko, in einem Interview mit der Onlinezeitung „Obozrevatel“ mit. Nach seinen Worten tauchten in diesen Regionen „massenhaft Verbrechergruppen auf, die anti-ukrainische Aktionen veranstalten“.

„Die Situation hat zwar noch keinen militärischen Zusammenhang, ist aber nicht mehr sicher“, sagte Babin. Er gestand, dass die lokalen Behörden die Situation im Alleingang nicht wieder in Griff bekommen könnten. Ein Eingreifen des Geheimdienstes sei nötig.

„Auf lokaler Ebene ist es für die Polizei und die Behörden nicht einfach, dagegen vorzugehen. Aber ich bin sicher: Unsere Geheimdienste und der zentrale Apparat sind schon am Werk“, so Babin. Und weiter: „Aber das ukrainische Volk muss über dieses Problem Bescheid wissen.“...

de.sputniknews.com: „Hoheitsverlust“: Abgeordneter warnt vor Repressalien im Grenzgebiet zur Krim

Die Kiewer Behörden bereiten großangelegte Repressalien in den an die Krim grenzenden Regionen des Gebiets Cherson vor, um Russland in einen Militärkonflikt hineinzuziehen. Dies erklärte der Abgeordnete der Staatsduma von der Krim-Region, Ruslan Balbek, am Dienstag gegenüber Sputnik.

Zuvor hatte Boris Babin, der in der Ukraine das Amt des ständigen Vertreters des Präsidenten des Landes auf der Krim bekleidet, erklärt, dass in einigen der an die Krim grenzenden Bezirke, und zwar in Genitschesk, ein „Verlust von Merkmalen der Staatsverwaltung“ zu verzeichnen sei. Ihm zufolge sind in den Grenzgebieten angeblich organisierte kriminelle Gruppierungen aufgetaucht, die sogenannte „antiukrainische Aktionen“ durchführen und die Situation aus dem Gleichgewicht zu bringen versuchen. Babin erklärte, dass Russland versuche, sich diese Situation zunutze zu machen, und zu „irgendwelchen Gewalt- oder Hybridhandlungen greifen kann, um die Region unter seine Kontrolle zu nehmen“.

„Mit Hilfe der Erklärungen in Bezug auf den Verlust der Kontrolle über das Gebiet Cherson bereitet Kiew die Legitimierung von Massenrepressalien gegen Andersdenkende vor. Indem sich die ukrainischen Geheimdienste mit dem sogenannten russischen Faktor decken, machen sie sich die Hände für rechtswidrige Verhaftungen, Durchsuchungen und sogar Folterungen frei“, so Balbek.

Ihm zufolge sind die ukrainischen Geheimdienstler bereits gut darin geübt, Repressalien gegen die Bevölkerung des Landes einzusetzen.

„Das sind ukrainische Staatsbürger, und Russland kann da nur an die Weltöffentlichkeit appellieren, es kann nicht seine Truppen zur Herstellung der Ordnung in das Gebiet Cherson schicken. Wenn Kiew aber auf militärische Handlungen hofft, so ist das eine strategische Fehlkalkulation. Allerdings ist man zu möglichen Provokationen seitens der Ukraine an der Krim-Grenze bereit. Und wenn es nötig sein wird, so erfolgt die Truppenverlegung nach Tschongar oder Armjansk (die auf der russischen Seite liegen – Anm. d. Red.) schneller als man in Kiew denkt“, unterstrich der Abgeordnete....

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer im allgemeinen an der gesamten Kontaktlinie die Feueraktivität etwas gesenkt, aber an einigen Abschnitten sind die Beschüsse fortgesetzt worden.

In Richtung Gorlowka hat der Gegner zweimal **Werchnetorezkoje (nishneje)** beschossen. Es wurden 50 Schüsse mit Schützenpanzern, etwa 100 Schüsse mit verschiedenen Arten von Granatwerfern abgegeben, es wurden Schusswaffen, darunter auch großkalibrige, verwendet. **In Richtung Donezk** haben die ukrainischen Kämpfer **Dokutschajewsk und Spartak** beschossen. Dabei hat der Gegner drei Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgeschossen,

außerdem wurden 20 Schüsse mit Schützenpanzern, etwa 30 Schüsse mit verschiedenen Arten von Granatwerfern festgestellt, es wurden Schusswaffen, darunter auch großkalibrige, verwendet.

In der Folge der Beschüsse, die eine weitere Bestätigung der Weigerung der ukrainischen Kämpfer, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, sind, **starb ein Verteidiger der Republik.**

Der relative Rückgang der Beschüsse an der gesamten Kontaktlinie ist zu unserem Bedauern keine Folge davon, dass das Kommando der Besatzungskräfte sich plötzlich an die Existenz des Regimes der Feueinstellung erinnert hat. Die Ursache ist einfach – die Niederlagen auf dem Kampffeld haben den Kommandeur der ukrainischen Kämpfer Najew gezwungen, sich selbst um die Situation zu kümmern, deshalb waren die Stäbe aller Ebenen in den letzten Tagen praktisch durch Kontrollen durch das übergeordnete Kommando paralytisch.

Najew hat viele Anstrengungen in das ukrainische Fernsehen und in Internetangebote eingebracht, um für sich das unverdiente Bild eines „erfolgreichen Heerführers“ zu schaffen. Deshalb versucht er, die militärischen Misserfolge auf seine Untergebenen, die Kommandeure der Gruppierungen „Ost“ und „Nord“, die sogenannten Generäle Krasnook und Krawtschenko „abzuwälzen“. Besonders dann, wenn einer von ihnen ihm vom SBU als Gegengewicht hingesetzt wurde.

So hat Najew gestern mit einer Kommission des Stabs der Besatzungskräfte eine Kontrolle des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ durchgeführt. Im Ergebnis der Überprüfung wurde ein Bericht an den Leiter des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte Mushenko erstellt, dass eine Reihe von Funktionsträgern der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ für die eingenommenen Funktion nicht geeignet sind, darunter der Kommandeur Alexandr Krasnook. Dies beweist die Tatsache eines **Konflikts zwischen SBU und ukrainischen Streitkräften.** Insbesondere versucht Najew mit diesen Handlungen den vom Sicherheitsdienst unterstützten Krasnook loszuwerden, über den sich Mushenko beschwert hat.

In dem Bericht wird auch das kritische Niveau der Rechtsordnung und Disziplin in der 36. Marineinfanteriebrigade und die Unfähigkeit ihres Kommandeurs Gnatow, seine Pflichten zu erfüllen, erwähnt. Als Argumente werden Vorfälle und Verbrechen vorgebracht, die von der „Elite“ der ukrainischen Streitkräfte, den Marineinfanteristen, im Mai dieses Jahres begangen wurden. Im einzelnen: Am 19. Mai haben betrunkenen Soldaten der 36.

Marineinfanteriebrigade in Mariupol ihren Saufkumpan, den Soldaten der 46.

Panzergranadierbrigade Kowal, heftig geschlagen; am 20. Mai schlief der stark betrunkenere Soldat der 36. Marineinfanteriebrigade, der Matrose Popow, beim Feuer auf einem Kampfposten nicht weit von Schirokino ein, in der Folge erlitt er auf 20% der Hautfläche Brandverletzungen... Gestern haben sie mitgeteilt, dass sie während eines Diversionausfalls einen ihrer Aufklärer verloren haben. Ich wiederhole noch einmal, das ist die „Elite“ der ukrainischen Streitkräfte, die, auf die Poroschenko so stolz ist! Es ist nicht schwer sich vorzustellen, was in normalen Truppenteilen geschieht, besonders in der normalen Infanterie! Bei der Ermittlung zum Brand im Raketenartilleriewaffenlager in Prawdowka haben sich Vertreter des Kommandos der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ in die Kommission aus der 92. mechanisierten Brigade eingeschaltet und festgestellt, dass in der Folge des Brandes nach vorläufigen Informationen 279,4 t Munition (darunter auch für Mehrfachraketenwerfer), sieben Fahrzeuge und Spezialtechnik (Funkaufklärungsmittel) und ein Abwehrgeschütz 3U-23-2 abgebrannt sind. Übrigens ist uns bekannt, dass das Kommando der 92. mechanisierten Brigade bereits einige Stück Technik abgeschrieben hat und dies durch den Brand deckt.

Die Mitglieder der Kommission verheimlichen diesen Schaden nicht und erörtern das Gesehene aktiv mit allen Soldaten der Brigade und des operativ-taktischen Kommandos. Dabei bestätigen die Kontrolleure, dass sie die Aufgabe aus dem Stab der OOS haben, den

Brandfall einem der bei der Detonation der Munition Verletzten anzuhängen – dem Munitionssoldaten einer ABC-Abwehrkompanie der 92. mechanisierten Brigade S.W. Fandej. Und zum Abschluss, wir bemerken eine **Zunahme der Fälle von Überlaufen ukrainischer Soldaten auf unsere Seite**. Nicht nur, dass die Kämpfer aufgrund der durchgängigen Lügen über den Krieg im Donbass aufgehört haben, ihrem Kommando zu vertrauen, sie weigern sich massenhaft, verbrecherische Befehle ihres Kommandos auszuführen. Eine Erleuchtung tritt bei denen ein, die an der Kontaktlinie das republikanische Fernsehen sehen und unser Radio hören und ins Internet gehen und zur verlogenen ukrainischen Propaganda alternative Informationen finden.

Die zunehmenden Fälle von Überlaufen beweisen, dass das Kiewer verbrecherische Oligarchenregime seine Kämpfer ausschließlich durch Geldzahlungen sowie durch Betrug mit Hilfe der verlogenen ukrainischen Massenmedien hält. Dabei manipuliert es aktiv mit den Almosen und entzieht den Soldaten die Geldprämien. So haben nach unseren Informationen die Soldaten der 24. Brigade für die gescheiterte Spezialoperation in Tschigari nicht die versprochenen 30.000 Griwna erhalten. Mehr noch, die Überlebenden erwiesen sich nach der Niederlage als diejenigen, denen die Misserfolge angehängt werden. Einige Dutzend Tote bei Gorlowka werden bis jetzt als vermisst aufgelistet (gemäß internen Dokumenten des Stabs der OOS) und das heißt, dass ihre Verwandten selbst die Groschen für den Verlust des Ernährers nicht erhalten. Dabei werden sie vom Schicksal ihrer Verwandten im besten Fall nach einigen Jahre erfahren, nachdem man ihre Überreste in einem weiteren „Versteck“ Najews gefunden haben wird.

Solange das verbrecherische Kiewer Oligarchenregime seine Bevölkerung mit Lügen füttert, wird im Donbass der Krieg weitergehen. Deshalb wenden wir uns an die ukrainischen Freiwilligen, Blogger und Journalisten, denken Sie an Ihre Ehre, an die Treue zum ukrainischen Volk und zum Kampf um die Freiheit vor der oligarchischen Tyrannei. Stoppen Sie den blutigen Lügenstrom, der den Konflikt in einem Brudervolk verstärkt. Werden Sie zu Sprachrohren, die dabei helfen, die Ukraine von Kriegsverbrechern und Verrätern am ukrainischen Volk zu befreien.

[ukrinform.ua: Poroschenko: Einsatz der Ukraine bei UN-Missionen - Recht auf Unterstützung](#)

Der erhebliche Beitrag der Ukraine zur Erhaltung des Friedens und der Sicherheit auf der Welt spreche der Ukraine das Recht zu, mit einer adäquaten Unterstützung der UNO gegen die russische Aggression zu rechnen.

Dies erklärte der Präsident der Ukraine Petro Poroschenko in seiner Botschaft anlässlich des Internationalen Tages der Friedenssicherungskräfte der Vereinten Nationen, die auf der Webseite des Staatsoberhauptes veröffentlicht wurde.

"Der erhebliche Beitrag der Ukraine zur Erhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit gibt der Ukraine das Recht, in harten Zeiten, wenn unser Staat der heimtückischen Außenaggression widersteht, auf eine adäquate Unterstützung der UNO zu rechnen", betonte Poroschenko.

Er hat überdies versichert, dass die Ukraine auch weiterhin ein zuverlässiger Partner der UNO bei der Umsetzung der würdigen Mission zur Erhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit bleiben werde.

Im Dezember 2002 beschloss die UN-Generalversammlung den 29. Mai zum Internationalen Tag der Friedenssicherungskräfte der Vereinten Nationen zu erklären.

[de.sputniknews.com: Darum bricht Skripal-Affäre vor aller Augen zusammen – Lawrow](#)
Der „Skripal-Fall“ bricht laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow vor aller Augen zusammen, da es keine Beweise für Russlands Verwirklichung darin gibt.

Laut Lawrow spekulieren einige westliche Länder – eine „relative Minderheit“, missbrauchen das Prinzip der Solidarität und versuchen, die konstruktiv eingestellten Seiten auf eine Bahn der Konfrontationspolitik gegenüber Russland zu bringen.

„Ein gutes Beispiel in dieser Reihe ist der Fall Skripal, der wegen fehlender Beweise zusammenbricht. Bedauerlicherweise versuchen einige Länder, dasselbe Schema in anderem Vorwand nachzubilden“, sagte Lawrow am Dienstag bei einer Pressekonferenz in der weißrussischen Hauptstadt Minsk....

de.sputniknews.com: MH17: Kreml kritisiert Australien und Niederlande wegen Entschädigungsanspruch

Russland hält die ultimative Vorgehensweise Australiens und der Niederlande in Bezug auf Entschädigungen bezüglich der MH17-Katastrophe 2014 in der Ukraine vor dem Abschluss der Ermittlungen für unangemessen. Dies teilte der russische Außenminister Sergej Lawrow während einer Pressekonferenz mit seinem weißrussischen Amtskollegen am Dienstag mit. Der Außenminister betonte, dass die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen seien, und betonte: „Bereits in diesem Stadium soll die russische Seite Verhandlungen mit Australien und der Niederlande zur Vereinbarung der Entschädigungssumme aufnehmen.“

Er unterstrich, dass dies absolut dieselbe Logik sei wie im Fall-Skripal, als gesagt wurde, dass es „höchstwahrscheinlich Russen gemacht haben“.

„Daher geben Sie bitte Ihre Schuld zu, und wir werden die Ermittlungen fortsetzen, sie sind noch nicht zu Ende“, fügte der Minister hinzu, wobei er dies als „Versuchung, mit der Russophobie zu spekulieren und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit abzulenken“, bezeichnete....

Dan-news.info: „Die Post des Donbass hat eine weitere Postfiliale in der Frontzone eröffnet – in Mineralnoje, in der Friedensstraße 2. Die Filiale plant, etwa 250 Einwohner der Ortschaft und etwa 400 Einwohner von Jakowlewka zu versorgen“, teilte der Pressedienst des staatlichen Unternehmens mit.

In der Ortschaft gibt es zum ersten Mal seit mehr als 20 Jahren wieder eine Postfiliale. Bei der Eröffnung leistete auch der gesellschaftliche Stab für die frontnahen Bezirke Unterstützung.

de.sputniknews.com: **BBC und Co im WM-Fake-Rausch: Schwarze in Russland leiden, ahnen aber nichts**

Die Versuche britischer Behörden und Medien, Fans vor der Fußball-WM in Russland Angst einzujagen, nehmen inzwischen groteske Formen an. Der Kommentator Wladimir Kornilow hat entsprechende Medienberichte analysiert und Schlüsse daraus gezogen.

Angefangen hat damit die britische Boulevardzeitung „The Daily Mirror“. Das Blatt schob vor einigen Tagen den jüngsten Angriff auf „Liverpool“-Anhänger in Kiew russischen Fans in die Schuhe. Andere britische Zeitungen griffen diese Meldung auf.

Die Begründung: Die Angreifer sprachen Russisch. Dass die Mehrheit der Bevölkerung in Kiew Russisch spricht, ist den britischen Medien wohl nicht bekannt.

Das Thema wurde dann von „The Daily Mail“ aufgegriffen, die englische Fans vor russischen „Schlägern“ warnte, die den englischen Fußball-Anhängern „die Hölle heißmachen“ würden.

Die Boulevardzeitung „The Daily Star“ gab ihren Senf dazu und zitierte den

Parlamentsabgeordneten Chris Bryant. Dieser soll englische Fans gewarnt haben, dass sie bei der WM mit Sicherheit von „korrupten russischen Polizisten“ gefoltert werden. Bryant ist übrigens derjenige, der dem britischen Außenminister Boris Johnson vor dessen Reise nach Russland geraten hatte, dort Wodka, Frauen und Fahrstühle zu meiden. „The Daily Mail“ geht aber noch weiter:

„Russische Fußball-Hooligans drohen, schwule und Transgender-Fans aus England

abzustechen“. Das Blatt fügt ohne weiteres hinzu, dass die russische Gesellschaft „intolerant bleibt“.

Interessanterweise wurden all diese Meldungen innerhalb der letzten drei oder vier Tage veröffentlicht. Dazu kommt noch das, was in den vorigen Monaten zu dem Thema veröffentlicht wurde.

Die britische Presse liebt Horror-Geschichten darüber, was mit Vertretern anderer Rassen und nationaler Minderheiten in Russland passiert. Besonders tut sich dabei die BBC hervor: Seitdem Russland zum Gastgeberland für die WM 2018 erklärt wurde, tritt der Staatssender dieses Thema breit.

Diese Woche hat die BBC eine neue Sendung unter dem Namen „Schwarz sein in Russland“ ausgestrahlt. Sie wurde zum meistgeklickten Beitrag auf der Webseite des Senders. Die Macher haben offensichtlich versucht, den Teilnehmern Geschichten zu entlocken, welche die unabwendbare Gefahr für englische Fans in Russland bestätigen würden.

Dabei mussten sie sich aber richtig abmühen: Der Großteil der Befragten soll so etwas in Russland nicht erlebt haben. Mehr noch, ein russischer Bürger nigerianischer Herkunft, Samson Schalodemi, hatte die Frechheit, zu behaupten: „In Russland gibt es keine Probleme mit Rassismus.“

Doch die BBC-Leute gaben nicht auf und erklärten den Zuschauern: „Dunkelhäutige in Russland begreifen in der Tat nicht, dass sie in gewissem Sinne gebrandmarkt sind“. Also haben die Menschen mit nicht weißer Hautfarbe, die in Russland aufgewachsen sind, aus Sicht der britischen Presse einfach noch nicht begriffen, in welchem fremdenfeindlichen Land sie leben.

Für mehr Effekt werden die Aufnahmen in der Sendung mit „richtigen“ Untertiteln versehen. So wird beispielsweise die saubere Moskauer U-Bahn gezeigt. Plötzlich tauchen die Untertitel auf: „Viele Opfer von rassistischen Verbrechen sagen, dass das in öffentlichen Verkehrsmitteln passiert ist“. Das heißt: Dunkelhäutige englische Fans sollten sich in der Moskauer U-Bahn gefälligst nicht blicken lassen. Allerdings hat der Sender keines dieser „vielen Opfer“ gezeigt. Auch der Umgang mit der Statistik ist freizügig: „Mindestens 71 rassistische Attacken wurden in Russland 2017 registriert“, warnt BBC unter Berufung auf die Nichtregierungsorganisation Sowa. Doch in dem entsprechenden Bericht heißt es, dass es im vergangenen Jahr 28 „ethnisch motivierte“ Angriffe gegeben habe. Bei 71 handelt es sich wiederum um die Gesamtzahl der Verbrechen, welche diese Organisation als „rassistisch und neonazistisch motiviert“ einstuft. Dazu gehören Zusammenstöße zwischen rechtsextremen Gruppierungen mit der Antifa. Zu diesen Übergriffen wird auch die nicht zustande gekommene Vorführung des ukrainischen Films über den Donbass gezählt, die von Aktivisten unterbrochen wurde. Dabei wurden in den letzten zwölf Monaten laut der offiziellen Statistik allein in England und Wales 62 rassistisch motivierte Verbrechen registriert.

In den letzten zwölf Monaten haben solche Straftaten in Großbritannien fast um 30 Prozent zugenommen, so Kornilow. Und in Russland, und das habe sogar Sowa eingestehen müssen, sei ein deutlicher Rückgang der Zahl fremdenfeindlicher Verbrechen zu beobachten.

Doch man sollte sich natürlich trotzdem vor Russen fürchten: Von ihnen geht nach Darstellung der britischen Medien die größte Gefahr für Dunkelhäutige aus. Allerdings scheinen die Dunkelhäutigen selbst nichts davon zu wissen. Vielleicht schauen sie einfach die BBC nicht.

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt angespannt. In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Straftroepen sechsmal das Regime der Feueereinstellung verletzt.

Die ukrainischen Terroristen haben die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten von

Golubowskoje, Shelobok, Prischib und Losowoje beschossen.

Im Verlauf der Beschüsse haben die ukrainischen Terroristen von den Minsker Vereinbarungen verbotene 120mm- und 82mm-Mörser, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 95 Geschosse abgeschossen.

Auf Befehl des Kriegsverbrechers, des Kommandeurs der 53. mechanisierten Brigade Grusewitsch wurden Donezkij mit Mörsern beschossen, in der Folge wurden vier Häuser zerstört.

Seit dem 25. Mai hat der Kommandeur der sogenannten OOS, Generalleutnant Najew mit einer Kontrolle der Abzugsgebiete für schwere Waffen der ihm unterstellten Einheiten begonnen. Nach unseren Informationen hängt dies mit den sich häufenden Beschüssen des Territoriums der LVR mit verbotenen Waffen zusammen. Außerdem werden vom ukrainischen Kommando Informationen über inszenierte Beschüsse von von Kiew kontrollierten Ortschaften überprüft.

Die ukrainischen Truppen installieren weiter Minensperren in der Nähe von Ortschaften in Gebieten von Dislokationspunkten von Einheiten der ukrainischen Streitkräfte. Aktivitäten in dieser Richtung zeigen zurzeit Einheiten der 14. mechanisierten Brigaden im Gebiet von Katerinowka, was die Gesundheit und Sicherheit der Einwohner der Ortschaft gefährdet.

Wir haben zuvor erklärt, dass Soldaten der Volksmiliz zwei ukrainische Soldaten festgenommen haben. In der 14. Brigade sind Mitarbeiter der militärischen Gegenaufklärung und des SBU eingetroffen, um Ermittlungen bezüglich dessen zu unternehmen, dass sie ihre Positionen verlassen haben. Ihre Aufgabe ist es, die Ursachen dafür aufzuklären, warum die Soldaten die Positionen verlassen haben und auf die massenhaften Weigerungen des Personals, Befehle auszuführen, einzuwirken.

Die Volksmiliz der LVR geht trotz der ständigen Beschüsse durch die ukrainischen Truppen nicht auf Provokationen der ukrainischen Streitkräfte ein und hält die übernommenen Verpflichtungen ein. Unsere Handlungen sind auf eine friedliche Lösung des Konflikts im Donbass ausgerichtet.

Abends:

Armiyadnr.su: Dringende Mitteilung des operativen Kommandos der Streitkräfte der DVR
Das operative Kommando hat zuvor erklärt, dass es von den Plänen der ukrainischen Streitkräfte, mit ihren Luftabwehrmitteln alle Drohnen der OSZE-Mission abzuschießen, um zu verhindern, dass verbotene Waffen der ukrainischen Kämpfer in der Nähe von Dsershinsk bemerkt werden, weiß. Aber die Besatzungskräfte haben nichts Klügeres gefunden, als das Startgebiet einer Drohne der Mission zu beschießen und die DVR dessen zu beschuldigen. Es ist wichtig anzumerken, dass in diesem Gebiet in diesem Zeitraum selbst die ukrainische Vertretung im GZKK keine Beschüsse registriert hat. Das heißt, man kann mit Überzeugung sagen, dass die Aktion zur Einschüchterung der internationalen Beobachter aus der Tiefe der Positionen der ukrainischen Besatzer erfolgt ist.

Wir lenken die Aufmerksamkeit darauf, dass das Kommando der Besatzungs- und Terrorkräfte unsere Streitkräfte mehrfach der Beschüsse von Ortschaften auf von den ukrainischen Streitkräften kontrolliertem Territorium beschuldigt hat, aber alle diese Fälle haben sich als offene Lügen herausgestellt. Insbesondere gab es heute bei einem der ukrainischen Fernsehsender eine Sendung, in der eine nahe Verwandte des gestern in Shelesnoje umgekommenen 15jährigen Mädchens die ukrainischen Terroristen des Mords an dem Kind beschuldigt. Dabei haben das Kommando der OOS, Shebriwskij und die gesamte

ukrainische Propaganda versucht, ihre Verantwortung für das begangene Verbrechen auf die DVR zu schieben.

Diese Tatsachen zeugen davon, dass das Kommando der OOS vollständig das Vertrauen der Bevölkerung sowie den Respekt gegenüber den Vertretern der OSZE-Mission, die regelmäßig von ukrainischen Kämpfern eingeschüchtert werden, verloren hat.

de.sputniknews.com: Lawrow packt über Obamas Ukraine-Anliegen an Putin aus
Gut vier Jahre nach dem Staatsstreich in der Ukraine rücken neue Details über die Rolle der USA dabei ans Licht. Einen Tag vor der Machtergreifung durch die Opposition im Februar 2014 soll der damalige US-Präsident Barack Obama seinen russischen Amtskollegen Wladimir Putin angerufen und ihm eine ausdrückliche Bitte ausgesprochen haben. Der russische Außenminister Sergej Lawrow teilte am heutigen Dienstag mit, dass Obama im Februar 2014 mit dem Kreml wegen des geplanten Abkommens zwischen dem damaligen ukrainischen Staatschef Viktor Janukowitsch und den Protestführern telefoniert habe. Laut diesem Abkommen, das von Westmächten vermittelt wurde und eine friedliche Beendigung der politischen Krise vorsah, musste Janukowitsch die Sicherheitskräfte abziehen und vorgezogene Neuwahlen ausrufen.

„Als dieses Abkommen schon fertig vorlag, rief Obama Präsident Putin an und bat ihn, Janukowitsch nicht von der Unterzeichnung abzuraten“, teilte Lawrow bei einem Treffen mit Studenten der Verwaltungsakademie beim weißrussischen Präsidenten in Minsk mit.

„Wir rieten ihm auch nicht ab. Putin antwortete, dass Janukowitsch als legitimer Präsident souverän entscheiden darf“, so Lawrow. Er erinnerte daran, dass die Opposition schon einen Tag nach der Unterzeichnung mit der Besetzung der Präsidentenresidenz, des Parlaments und anderer Regierungseinrichtungen begonnen habe.

Am 21. Februar 2014 hatte sich Janukowitsch — nach monatelangen Unruhen in Kiew — bereit erklärt, auf die wichtigsten Forderungen der Opposition einzugehen. In einem Abkommen, das vom damaligen deutschen Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier und anderen westlichen Politikern mitunterzeichnet wurde, verpflichteten sich Janukowitsch und seine Gegner, auf Gewalt und illegale Aktionen zu verzichten.

Der ukrainische Präsident willigte zudem in eine Verfassungsreform und vorgezogene Präsidentschaftswahlen ein. Schon am nächsten Tag wurde er von der Opposition für abgesetzt erklärt und musste aus seinem Land fliehen.

Lug-info.com: „Die Frühjahrsaussaatkampagne 2018 in der LVR ist auf der Schlussgeraden. Unter anderem ist der Plan für die Aussaat von Frühgetreide, Hülsenfrüchten und Futterkulturen praktisch zu 100 Prozent erfüllt. Zum Abschluss erfolgt die Aussaat von technischen und Gemüse- und Kürbiskulturen, der Aussaatplan ist hier fast zu 90% erfüllt“, teilte das Landwirtschaftsministerium der LVR mit.

Das Ministerium teilte mit, dass die Aussaat mit einer erheblichen Übererfüllung des Plans bei einer Reihe von Kulturen einhergeht.

„Bei Getreide und Hülsenfrüchten ist der Plan bei Frühweizen, Frühgerste und Kichererbsen übererfüllt. Bei den technischen Kulturen ist die Aussaatfläche bei Lein um 179%, bei Soja um 32%, bei Senf um 10% erweitert“, teilte das Ministerium mit.

„Bei der Gemüse- und Kürbisgruppe gibt es eine Überfüllung bei folgenden Kulturen: Kräuter (Petersilie, Koriander u.a.) auf das 3,2 fache, Gurken – auf das Dreifache, Schmorkürbis – auf das Dreifache, Knoblauch auf das Doppelte, der Plan für die Aussaat von Kartoffeln wurde um 107% übererfüllt“, fuhr das Ministerium fort.

„Bei den Futterkulturen ist die Aussaat von Bohnen- und Grasmischungen erheblich über dem Plan erfolgt, 3,5mal mehr, Futterkürbis wurde um 52% mehr ausgesät, mehrjähriges Gras um 45%. So läuft eine Arbeit zu Schaffung einer stabilen Futterbasis für den Bedarf der

Viehzucht“, merkte das Ministerium an.

„Dank der organisierten Arbeit der Spezialisten des Ministeriums, der Leiter der Abteilungen für landwirtschaftliche Entwicklung in Städten und Bezirken der Republik, den Leitern und Spezialisten der landwirtschaftlichen Betriebe findet eine planmäßige Arbeit zur Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit unseres Staates statt“, informierte das Landwirtschaftsministerium.

ukrinform.ua: Politisches Projekt: Poroschenko kritisiert Nord Stream 2

Das Projekt der Gas-Pipeline Nord Stream 2 ist ein politisches Projekt zur Spaltung der Europäischen Union.

Das erklärte der Präsident der Ukraine Petro Poroschenko vor der Presse nach einem Treffen mit dem deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier in Kiew. „Die Ukraine gibt sich alle Mühe, um ihre Partner, darunter auch in Europa, zu überzeugen, dass Nord Stream ein absolut politisches und nicht wirtschaftliches Projekt ist, um die Europäische Union zu spalten, der Ukraine Schaden zuzufügen und das Sicherheitsniveau in der ganzen Region zu senken und nicht nur die Konkurrenzfähigkeit der europäischen Wirtschaft“, sagte der ukrainische Staatschef. Die Ukraine hoffe auf eine „optimale Lösung“ bezüglich des Projekts. Frank-Walter Steinmeier nannte die Besorgnisse der Ukraine, dass sie kein Transitland sein wird, „unbegründet“. Deutschland bemühe sich auch über die Gewährleistung des Gastransits durch die Ukraine. Darüber würden Gespräche zwischen Deutschland und der Ukraine sowie mit der EU geführt, so der Bundespräsident. Steinmeier hoffe auf baldige Ergebnisse dieser Gespräche.

de.sputniknews.com: Steinmeier: Kiews Kritik an Nord Stream 2 fehl am Platz

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat die Ukraine aufgerufen, die Position Berlins zum Gaspipelineprojekt Nord Stream 2 nicht zu kritisieren. Kiews Kritik an dem Vorhaben sei nicht hinnehmbar, denn Deutschland unternahme Anstrengungen zur Beibehaltung des Gastransits durch die Ukraine, sagte Steinmeier am Dienstag in Kiew.

Der ukrainische Staatschef Petro Poroschenko übte seinerseits scharfe Kritik an der geplanten Gas-Pipeline Nord Stream 2 von Russland durch die Ostsee nach Deutschland. Dies sei ein „politisches Projekt, um die Europäische Union zu spalten und der Ukraine Schaden zuzufügen“. Steinmeier sagte dazu, er hoffe auf eine Lösung, die den Gastransit durch die Ukraine auch in Zukunft sicherstelle.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32092/85/320928528.jpg>

Av-zakharchenko.su: Heute, am 29. Mai haben die **Republiken Abchasien und Südossetien ihre wechselseitige Anerkennung und die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen diesen Ländern auf Botschaftsebene mit der Syrischen Arabischen Republik (SAR)** bekannt gegeben.

Gestern fand in der RF ein dreiseitiges Treffen der Botschafter der drei Staaten statt, bei dem die Seiten einen Text und einen Zeitpunkt für die Herausgabe eines Kommuniqués abstimmten und die entsprechenden Noten austauschten.

Als einer der ersten Staatsoberhäupter von Bruderrepubliken gratulierte das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko.

„Die Völker von Südossetien und Syrien haben sich das Recht auf Selbstbestimmung, Frieden und einen eigenen Entwicklungskurs mit der Waffe in der Hand erkämpft. Ich bin überzeugt, dass dieser erste Schritt ein Anfang für eine gegenseitig nützliche Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen sein wird. Enge diplomatische Beziehungen führen zur Einrichtung und Entwicklung starker und breit angelegter politischer, ökonomischer und kultureller Verbindungen“, heißt es in einer Glückwunschartikel an den Präsidenten von Südossetien Anatolij Bibilow.

Alexandr Sachartschenko äußerte auch die Überzeugung, dass die Annäherung von Abchasien und Syrien ein Ausgangspunkt für die weitere gegenseitig nützliche Entwicklung der Länder wird.

„Die Völker Abchasiens und Syriens haben mehrfach der ganzen Welt ihr Recht bewiesen, einen blühenden Staat aufzubauen, in denen die verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten gelten und Frieden und Ruhe herrschen werden. Ich bin überzeugt, dass die Anerkennung ein Hebel für die gegenseitig nützliche Anerkennung der beiden Länder wird“, gratulierte Alexandr Sachartschenko dem abchasischen Volk in Person des Präsidenten der Republik Raul Chadshimba.

de.sputniknews.com: Russischer TV-Moderator in Kiew erschossen

In der Ukraine ist erneut ein Journalist bei einem Attentat getötet worden. Der Journalist Arkadi Babtschenko aus Russland ist am Dienstag Medienberichten zufolge in seiner Wohnung in Kiew erschossen worden. Das ukrainische Innenministerium bestätigte, dass der 41-Jährige ermordet worden sei.

Der Mann sei durch Schüsse in den Rücken schwer verletzt worden und auf dem Weg ins Krankenhaus gestorben, teilte eine Polizeisprecherin mit. Die Umstände seien noch unklar. Babtschenko hatte als Kriegsreporter für die russischen Zeitungen „MK“, „Nowaja Gaseta“ und andere gearbeitet und unter anderem über den georgisch-südossetischen Krieg von 2008 berichtet.

Im Februar 2017 reiste Babtschenko nach Prag aus, dann zog er nach Israel und lebte seit August 2017 in Kiew. Dort arbeitete er als Moderator beim TV-Sender ATR.

Das russische Außenministerium hat von den ukrainischen Behörden eine Aufklärung gefordert. Seit der Unabhängigkeit der Ukraine 1991 sind in dieser ehemaligen Sowjetrepublik fast 70 Journalisten unnatürlichen Todes gestorben.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32093/00/320930046.jpg>

de.sputniknews.com: Flucht in EU verhindern: Saakaschwili fordert Sanktionen gegen Poroschenko

Der Ex-Gouverneur des Gebietes Odessa und frühere Präsident von Georgien Michail Saakaschwili hat die Europäische Union aufgerufen, gegen den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko und seine Umgebung Sanktionen zu verhängen.

„Ihre Konten in Europa müssen gesperrt werden, weil es sich um beim ukrainischen Volk gestohlene Mittel handelt“, so Saakaschwili.

Sanktionen gegen Poroschenko seien nur dazu nötig, dass er im Fall seiner Niederlage bei den Wahlen 2019 sich nicht nach Europa absetzen könnte, um dort wohnhaft zu werden.

„Er wird sich nirgendwohin begeben können. Er wird nicht nach Russland flüchten können. Und ich werde alles Mögliche tun, damit auf ihn niemand in Europa wartet. Und wenn schon, dann eben nur Staatsanwälte, Ermittler und Polizei“, fügte der frühere georgische Staatschef hinzu.

Zugleich kündigte Saakaschwili seine baldige Rückkehr in die Ukraine an, um „der ukrainischen Demokratie im Kampf gegen die Korruption zu helfen“.

Zuvor hatte der ukrainische Innenminister, Arsen Awakow, erklärt, dass bei einem Versuch von Saakaschwili und seiner Anhänger, die ukrainische Grenze zu durchbrechen, „Leichen zu erwarten seien“.

Saakaschwili war von 2004 bis 2013 Staatspräsident Georgiens. Nach dem Ende seiner Amtszeit floh er wegen Vorwürfen des Amtsmissbrauchs und der Unterschlagung zuerst in die USA und dann in die Ukraine. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko gewährte Saakaschwili die ukrainische Staatsbürgerschaft und ernannte ihn 2015 zum Gouverneur der Schwarzmeerregion Odessa.

Doch schon ein Jahr später trat Saakaschwili zurück und ging auf Konfrontationskurs zu Poroschenko, den er zu seinem Feind erklärte. Daraufhin wurde dem Politiker auch die ukrainische Staatsbürgerschaft entzogen. Sein Heimatland Georgien hatte Saakaschwili bereits 2015 ausgebürgert und ihn zur Fahndung ausgeschrieben.